

## **Wahlprüfsteine fidel - Antworten der Grünen**

**Die Lehrer/innen, die an Gesamtschulen Oberstufenunterricht erteilen, werden nicht einheitlich nach A 13Z bezahlt. Wie stehen Sie zu dem Problem, dass die so genannten Laufbahnwechsler/innen mit A 12 monatlich ca. 300 Euro weniger verdienen? Welche Maßnahmen wollen Sie zur Lösung ergreifen?**

### **Grüne**

Der Grundsatz "Gleicher Lohn für gleiche Arbeit" muss auch für Pädagoginnen und Pädagogen gelten. Die Ungleichbezahlung der verbeamteten und angestellten Lehrer muss ebenso beseitigt werden, wie die schulform- und stufenspezifische Ungleichbezahlung. Die Beförderungsmöglichkeiten an den Gesamtschulen müssen zudem grundsätzlich deutlich ausgeweitet werden. Der Ausstattungsschlüssel für SEK I und SEK II - Lehrkräfte, der an den Gesamtschulen zugrunde gelegt wird, ist längst überholt und wird den Anforderungen nicht gerecht. Den Gesamtschulen droht ein weiterer Fachlehrkräfteverlust, wenn das Problem nicht konsequent angefasst wird.

**Lehrer/innen, die Korrekturfächer unterrichten, sind arbeitsmäßig in einem hohen Maße beansprucht. Wie stehen Sie zu dem Problem der ungleichen Arbeitsverteilung? Wie wollen Sie die Korrekturfachlehrer/innen entlasten?**

### **Grüne**

Die Lehrerarbeitszeit erschöpft sich nicht in Unterrichtszeit. Vorbereitungs-, System-, Teamzeit und Zeit für Fortbildung, Beratung von SchülerInnen und Eltern sowie die umfangreichen Korrekturen gehören dazu. Sie müssen auch entsprechend einberechnet werden. Wir brauchen ein neues Lehrerarbeitszeitmodell. Hier wird auch die Frage der Entlastungstöpfe eingehen. Die berechtigten Interessen der KorrekturfachlehrerInnen gehören selbstverständlich mit in die Beratungen. Klar ist, dass ein verbindlicher Rahmen für alle Schulen und Schulformen geschaffen werden muss und überproportionale Belastungen ausgeglichen werden müssen.

**Durch welche Maßnahmen wollen Sie erreichen, dass Lehrer/innen sich wieder auf das Kerngeschäft des Unterrichts konzentrieren können? Wie stehen Sie zu dem Vorschlag, Verwaltungsfachkräfte und Netzwerkadministratoren zusätzlich zum schulischen Stellenkontingent einzustellen?**

### **Grüne**

Die Schulen brauchen Unterstützungssysteme, die LehrerInnen entlasten. Gerade im Hinblick auf den sich abzeichnenden Mangel an potentiellen BewerberInnen für Lehrerstellen ist es wichtig, dass sich die Lehrkräfte stärker auf die Erteilung des Unterrichts konzentrieren können. Schulverwaltungsassistenzen können bei der Verwaltungsarbeit entlasten, SchulpsychologInnen und SozialarbeiterInnen unterstützen nicht nur die BeratungslehrerInnen. Diese Unterstützung sollte nicht wie bisher durch die Kapitalisierung von Lehrerstellen finanziert werden, da dies konträr zum Ziel ist, die Unterrichtsversorgung zu stärken.

**Viele Erziehungsaufgaben werden an die Schule delegiert. Die Lehrer/innen übernehmen die Arbeit der Eltern. Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um sicherzustellen, dass die Eltern ihrer Erziehungspflicht nachkommen?**

### **Grüne**

Wir wollen die Familienhilfe, Elternberatung und Elternbildung ausbauen und die Vernetzung mit Kindergärten und Schulen und RAA verbessern. So können frühzeitig Bedarfe erkannt und

Unterstützung für Familien organisiert werden. Die Beratung und Unterstützung muss dabei stärker als bisher aufsuchend und niedrigschwellig angelegt sein, um sogenannte Risikofamilien besser zu erreichen. Einzubeziehen sind auch die Migrantenselbsthilfevereinigungen.

**Die Kommunen können aus finanziellen Gründen die Schulen häufig nicht mehr angemessen ausstatten. Wie sehen Sie die Verantwortung des Landes, die Kommunen zu unterstützen, Gebäude und Hardware (Computer, OHP, Tafeln etc.) bereitzustellen?**

#### **Grüne**

Die vordringlichste Aufgabe besteht darin, die Kommunen wieder in die Lage zu versetzen, ihren Schulträgeraufgaben nachkommen zu können. Die Finanzbeziehungen zwischen Land und Schulträgern muss neu geordnet werden. Die finanzielle Lage der Kommunen in NRW hat sich dramatisch verschärft, die Verschuldung in den letzten fünf Jahren verdoppelt. Die beschlossenen Steuersenkungen vermindern die Einnahmen ein weiteres Mal. Wir wollen Schluss machen mit der Politik, die zu Lasten der Kommunen geht und weitergehende Steuersenkungen sowie die Kopfpauschale im Bundesrat verhindern. Wir brauchen zudem einen Rettungsschirm für die verschuldeten Kommunen.

Außerdem wollen wir zusätzliche Mittel für die Bildung durch einen Bildungs-Soli erschließen. Mangels geeigneter Projekte in den neuen Bundesländern werden nicht alle Einnahmen aus dem Solidaritätszuschlag eingesetzt. So können 23 Milliarden € zusätzlich für die Bildung erschlossen werden. Sie fließen sonst in den allgemeinen Bundeshaushalt. Wir wollen mit diesem Geld zusätzliche Bildungsausgaben in den Ländern und Kommunen finanzieren. Grundsätzlich muss das Kooperationsverbot (Föderalismusreform I) zwischen Bund und Ländern wieder aufgehoben werden.

**Die Gesamtschulen leiden unter einem gravierenden Lehrermangel. Stellen können nicht besetzt werden, weil es zu wenige Bewerber/innen gibt. Was gedenken Sie gegen die zunehmende Unterversorgung mit Lehrer/innen zu tun?**

#### **Grüne**

Wir müssen den Lehrerberuf attraktiver machen: durch eine gerechtere Arbeitszeitregelung, durch eine bessere und gerechtere Bezahlung und durch Unterstützungssysteme, die die LehrerInnen in ihrer Arbeit unterstützen. Die Laufbahnverordnung muss flexibilisiert werden, um abseits der starren, linearen Laufbahn auch biografisch bedingte flexible Lösungen vorzusehen. Damit wirken wir auch der Abwerbung in andere Bundesländer entgegen. (s. auch Punkt 1)